

presse

Hände weg vom Jugendarbeitsschutzgesetz!

Zur Festlegung von CDU, CSU und FDP im Koalitionsvertrag, das Jugendarbeitsschutzgesetz zu lockern, erklärt die SPD-Bundestagsabgeordnete Gabriele Hiller-Ohm:

CDU, CSU und FDP haben in ihrem Koalitionsvertrag festgeschrieben, den Jugendarbeitsschutz auszuhöhlen. Bereits in der vergangenen Legislaturperiode haben sich FDP und Union dafür ausgesprochen, die Arbeitszeiten für Auszubildende im Hotel- und Gastronomiebereich bis in die Nachtstunden zu erweitern. Laut Jugendarbeitsschutzgesetz sind Arbeitszeiten zwischen 20 und 6 Uhr tabu, im Hotel- und Gastronomiebereich sind bereits jetzt schon Arbeitszeiten bis 22 Uhr möglich. Eine Aufweichung der gesetzlichen Regelungen zulasten der jungen Menschen hat die SPD in den vergangenen Jahren konsequent verhindert.

Das Jugendarbeitsschutzgesetz schützt Jugendliche, die sich noch in der Entwicklung befinden, vor Überforderung und Überbeanspruchung bei ihrer Ausbildung und am Arbeitsplatz. Die SPD steht weiter dazu, die Gesundheit der Jugendlichen zu gewährleisten und die Ausbildungsqualität zu sichern. Arbeitgeber müssen ihre Ausbildungsverantwortung vorne an stellen. Das Jugendarbeitsschutzgesetz ist nicht dazu da, dass unter 18-jährige als billige Arbeitskräfte die Stühle hochstellen und als Letzte das Licht ausmachen. Wie sollen die jungen Menschen nachts zügig nach Hause kommen und am nächsten Tag aufnahmefähig im Unterricht sein?

Dass die Ausbildungsbedingungen besonders im Hotel- und Gaststättengewerbe mangelhaft sind, zeigt der Ausbildungsreport 2009 des Deutschen

Gewerkschaftsbundes (DGB). Einige Auszubildende haben kaum Erholungsphasen, Überstunden sind keine Seltenheit. Berufsschulzeiten müssen manchmal regelrecht erkämpft werden. Die hohe Zahl der Ausbildungsabbrüche im Hotel- und Gaststättengewerbe belegt, dass viele Jugendliche überfordert und werden.

Fest steht: Nur mit motiviertem Nachwuchs, der gut ausgebildet wird, können wir den "Arbeitsplatz Tourismus" auf Dauer attraktiver gestalten und damit den Deutschlandtourismus zukunftsfest machen. Deshalb benötigen wir bessere Standards in der Aus- und Weiterbildung, wie sie die SPD in der vergangenen Wahlperiode in einem Antrag gefordert hat. Eine Lockerung des Jugendarbeitsschutzgesetzes - wie sie Schwarz-Gelb plant - würde genau das Gegenteil erreichen.